

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

187 (8.7.1919) Erstes und Zweites Blatt

Bezugspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1.00 M., vierteljährlich 3.70 M., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1.80 M. Auswärts durch die Post frei ins Haus abgeholt vierteljährlich 4.80 M., Einzahlungsnummer 10. Pfa.

Berlin: Schriftleitung und Geschäftsstelle Mittelstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen: Die Geschäftsstelle 25 Pf., Kleinanzeigen 1 Pf. an exkl. Stelle 1.20 Pf. für die Zeile 20% Feuerungsbeihilfe Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanstöße: Geschäftsstelle Nr. 208, Berlin Nr. 207, Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Chefredakteur: Gustav Kesper; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Lokales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Beilagen: Carl Seifemer; für Inserate: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buchhandlung m. B. S. in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Dietrich, Friedemann, Pregestraße 68/69. Teleph.-Amt Umland 2602. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beifügt ist.

116. Jahrg. Nr. 187.

Dienstag, den 8. Juli 1919

Erstes Blatt.

Der Handel mit Sowjetrußland.

Deutsche Tagesblätter brochen jüngst die Nachricht, daß auf Veranlassung führender Wirtschaftsfreunde der deutschen Großindustrie Anhaltien getroffen wurden, die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Rußland wieder aufzunehmen. Im Einverständnis mit der deutschen sowie der Moskauer Regierung seien Vertreter beider Großkonzepte nach Rußland gereist, um an Ort und Stelle Informationen über die Grundlagen des künftigen Warenaustausches einzusuchen. Es kann sich bei diesen Bestrebungen nicht so sehr um die Abfahrt handeln, einen Warenaustausch schon in nächster Zeit tatsächlich ins Werk zu setzen, als vielmehr um den Versuch, den Boden in Rußland zu sondieren, um ein zuverlässiges Bild darüber zu gewinnen, ob Möglichkeiten für die Anbahnung von Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland unter den gegenwärtigen Verhältnissen, mehr grundsätzlich als praktisch, überhaupt vorhanden sind. Wichtig erscheint es zunächst, festzustellen, inwieweit die Wirtschaftspolitik der bolschewistischen Machthaber in Moskau geneigt ist, Konzeptionen zu machen, die ohne solche an eine Annäherung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen hier und dort nicht gut gedacht werden kann. Die Zeitung „Nischna Gornja“ will wissen, daß Lenin und eine Gruppe ihm gleichgesinnter Freunde in letzter Zeit Zweifel darüber gelassen haben, daß der Boden der bolschewistischen Wirtschaftsordnung von ihnen aufgegeben werden muß. Die Zeitung schreibt: Abgesehen von der allgemeinen Berrüttung des Wirtschaftslebens haben die besonders an der Wolga und in der Provinz Komarow jüngst ausgebrochen und mit schwerer Mühe unterdrückten Bauernunruhen sehr viel dazu beigetragen, daß Lenin an der Möglichkeit der Durchführung seiner Reformen irre geworden ist. Auch der Besuch von Vertretern der Ver. Staaten in Petersburg hat auf die Sinnlosigkeit vieler führender Bolschewisten einen tiefen Eindruck gemacht. Sie sind überzeugt, daß die Wirtschaftspolitik seiner sozialistischen Reformbestrebungen in Anwendung auf unser Zeitalter einsteht. Er verheißt sich nicht, daß das russische Volk als Ganzes sich innerlich dem Bolschewismus losreißen, da er ihm außer einem völligen wirtschaftlichen Berrüttung nichts gebracht hat. Lenin ist deshalb geneigt, seine bisher verfolgte Wirtschaftspolitik aufzugeben, und würde sogar davon einwilligen, daß die Industrie wieder entflochten und ausländisches Kapital nach Rußland herangezogen wird. Er hat sich weiter dahin geäußert, daß er unter gewissen Bedingungen von der Spitze der Verwaltung zurücktreten wolle und die Zusammenberufung der Konstituante begrüßen würde. Eine ganz entgegengelegte Politik verfolge allerdings Trotzki, Sinowjew und mit ihnen noch eine größere Gruppe von Kommunisten, die unter der sogenannten Diktatur des Proletariats zu Reichum und Ansehen gelangt sind und gewissermaßen eine aristokratische Sondercaste unter den Bolschewisten bilden. Die Allüren dieser Leute erinnern allerdings in mehr als einer Hinsicht an die Gefolgschaften des gestürzten zaristischen Regimes. Trotzki bemüht zu seine Parteien ausschließlich die ehemals kaiserlichen Luxusgüter und hat sich mit einer fasten Schwelgerei aus Letten und Chinesen umgeben. In eleganten Pullmannwagen begleiten ihn zahlreiche Priester hohe militärische Würdenträger und fast der ganze Bedienstetenstab des früheren Zaren. Oftmals, wie z. B. unlangst in Pleskau und Samara, erlaube er sich sogar die Verteilung von kostbaren königlichen Geweiden und Geldern aus den Kassen seines Zuges dem Volke auszuwerfen. Seine Anhängen sind denjenigen Lenins heute diametral entgegengesetzt. Er träumt von einer Weltrepublik und auf sein Vordringen wird die bolschewistische Propaganda in Indien, in China, in Ungarn, Serbien und Japan in Südamerika mit reichem Schwitzeln unterstützt. Er verfolgt mit pedantischer Häufigkeit die Politik der früheren Minister des Zaren und erstrebt, wie sie für Sowjetrußland die Wiederherstellung der Grenzen von 1914. Alle Anstrengungen Trotzki's über Wälderberührung, Föderativpublikum usw. sind nichts weiter als Propaganda. Seine Bestrebungen sind heute nur auf das eine Ziel gerichtet, jegliche Regungen selbständigen Denkens und Handelns in seiner Umgebung zu unterdrücken.

Wenngleich aber auch die Ansichten der beiden heute leitenden Persönlichkeiten von Sowjetrußland grundsätzlich auseinandergehen und es noch ungewiß ist, wer von ihnen schließlich die Oberhand behalten wird, in einem Punkte sind sie sich jedenfalls einig, und zwar in dem Entschluß, sich ihren Abgang von der Szene so teuer als möglich bezahlen zu lassen. Man kann in dieser Hinsicht sagen, daß der Rußland auf Rußlands auch schon Besorgungen hat. Es ist den Bolschewisten ziemlich gleichgültig, an wen sie hierbei verkaufen und was sie verkaufen, Land, Gerechtigkeiten, Bodenschätze oder Menschen. Als Beispiel mag die Konzeption in Moskau dienen, die den Bau einer neuen Bahnhofsstation in Moskau vorzuziehen. Gegenüber dem Beschluß einer gegenseitigen Kommission und Sachverständigen zusammengekommenem Komitee wurde die Konzeption einem Komitee im Sinne der Wohlhabend der russischen Wirtschaft abgelehnt, das keine Gewähr bietet. Was die übrigen Konzeptionen anbelangt, so sind sie heute alle von der Überzeugung durchdrungen, daß ihr Dasein nicht mehr lange währen kann, und es ist ihnen im Grunde alles gleichgültig, wenn sie nur so viel als möglich persönliche Vorteile erlangen können. Für die Befragung von Sachverständigen und exponierter Kommisarposten hat es schon jetzt schwer, geeignete Kandidaten zu finden. Die große Masse der Kommisars der verschiedenen sehr zahlreichen amtlichen Zentralstellen in Petersburg ist z. B. hauptsächlich damit beschäftigt, den noch übrig gebliebenen Nachlaß der Bourgeoisie an Möbeln und Schmuckgegenständen in den requirierten Wohnungen zu Geld zu machen und dieses Geld nach Möglichkeit in Gold, Brillanten, Antiquitäten und anderen Kostbarkeiten anzulegen. Während der letzten großen Straßk in Petersburg gingen es viele Kommisars der roten Garde vor, gänzlich von der Welt abzugehen, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen. Die Brüder, die innere Front des Bolschewismus geworden ist, geht auch aus schließlichen Notizen her-

vor, die in letzter Zeit wiederholt in den amtlichen bolschewistischen Organen „Ssewernaja Kommuna“ und „Krasnaja Gaseta“ wiederkehrten. Außer Berichten über verschiedene Reden auf Meetings, die sich gegen die Tätigkeit einzelner Kommisars richteten und letztere als unwürdig bezeichneten, sich „Kommunisten“ nennen zu dürfen, finden sich in letzter Zeit sehr oft amtliche Bekanntmachungen darüber, daß die Unteroffiziere dieser oder jener Kommisars künftig als unzulässig angesehen sind, oder aber, daß diese oder jene Kommisars, die sich öffentliche Gelder angeeignet haben und flüchtig sind, als Feinde der Revolution zu gelten haben und für bopelstreckt erklärt werden, oder endlich, daß die Kommisars angehalten sind, binnen oder jenen Kommisars, falls er nochmals in betrunkenem Zustande aufgetreten werden sollte, zu verhaften und der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution,

Die Streitgefahr.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt:

Die Ausdehnung des deutschen Eisenbahnerstreiks wird infolge des immer deutlicher hervortretenden bolschewistischen Charakters der Bewegung für die deutsche Zukunft eine schwere Sorge. Der Streik sollte aber auch den politischen und wirtschaftlichen Führern der streikenden Westmächte zu denken geben. Es genügt nicht, daß die französische Regierung durch Herrn Pichon drohen läßt, eine kommunistische Revolution in Deutschland werde sofort eine französische Intervention zur Durchführung der Friedensbedingungen zur Folge haben. Wenn die Flammen erst über dem deutschen Dach zusammenlagern, werden die französischen Truppen weder für uns noch für Frankreich selbst viel retten können. Im Gegenteil, ihr eigenes Haus wird zum mindesten stark bedroht.

Daß die Gefahr, die früher in der deutschen Presse vielleicht zu voreilig an die Wand gemalt worden ist, gerade in letzter Zeit näher kommt, beweisen auch die jüngsten revolutionären Zudänge in Italien. Auch dort wird es heute nicht mehr möglich sein, die Ruhe durch fremde alliierte Truppen herzustellen. Die französische Uniform insbesondere hat ja nicht nur in Fiume schon zu schweren Ausschreitungen geführt. Was würde geschehen, wenn französische Soldaten gegen streikende und auch plündernde Italiener vorgehen müßten?

In Paris wie in London und Neuport, wo noch die stärksten Gegengewichte gegen die Weltrevolution liegen, sollte man aber endlich das allein mögliche Heilmittel in großzügigster Weise zur Anwendung bringen, das ist eine schnelle umfassende Lebensmittel- und Rohstoffversorgung des ausgehungerten Europa durch die vier anderen Erdteile.

Wenn man in den angelsächsischen Hauptstädten diese Versorgung immer noch von dem engen Geschäftskreislauf ausspart, jede Konjunktur für den Profit auszunutzen und vor keinem Wucher zurückzusehen will, dann vermag man die ernste Lage durchaus zu schärfen die schon vorhandene maßlose Erbitterung der Massen in allen europäischen Ländern weiter, bis schließlich doch noch völliger Ruin und Bolschewismus gleichmäßig über Europa hereinbrechen, wodurch die weltweiten und die Heberfeldländer auch ihr wichtigstes Absatzgebiet verlieren würden.

In Weimar ist man entschlossen, die Ratifikation des Friedensvertrags in dieser Woche zu erledigen. Die mündlichen Verhandlungen, die sich über die Durchführung der Bedingungen in Köln und Berlin anschließten sollen, werden aber die bisher unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten klar hervortreten lassen. Es wird dann alles darauf ankommen, daß sich die führenden Vertreter der Presse und des französischen und englischen Wirtschaftslebens ihrer Solidarität zur Stütze des wartenden, bedrohten deutschen Wirtschafts- und Volkstörpers bewußt werden. Jeder deutsche Kaufmann mit allen Auslandsverbindungen muß sein Möglichstes tun, um in den Kreisen des Auslands die oft noch fehlende Aufklärung zu vermitteln. Der fremde Händler muß einsehen, daß es sich, wenn er an der großzügigen schnellen Versorgung Europas hilft, für ihn nicht in erster Linie um ein besonders günstiges Geschäft handelt, sondern um die Erhaltung des Wirtschaftsverkehrs überhaupt und um eine sozialpolitische Entspannung eines großen Teiles der Menschheit.

Der Verkehrsstreik.

Der Eisenbahnerstreik in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)
5. Berlin, 7. Juli. Die Streiklage in Berlin hat sich immer noch nicht geändert, sie ist im Gegenteil noch sehr verworren und so ungewiß wie am ersten Tage. Während die Gesellschaften dadurch ein gewisses Einverständnis bewiesen, daß sie trotz der Forderung des Kontraktbrosens ihrer Angehörten der Einlösung des Vollzugsrechts zu Verschreibungen in Höhe leisteten, hält die Streikleitung an ihrem rüchlos absehenden Standpunkt fest. Das Publikum, das mit der Länge des Streiks natürlich immer mehr leidet, wird immer aufgebracht gegen die Straßenbahnen. Man sieht keinen einzigen Straßenbahner in Uniform mehr.

Die Lage in Hannover.

(Eigener Drahtbericht.)
Hannover, 7. Juli. An einer Mitteilung des kommandierenden Generals an die Presse heißt es u. a.: Die von der Streikleitung in ihrem Abblatte ausgesandte Aufzählung der Abblatte der Ordnung ist nicht übermäßig durchzuführen. Auf der Bahnstraße stehen Säue mit Lebensmitteln und so-

gar mit lebendem Vieh, das nicht befördert und nicht verkauft wird. Außerdem steht die Kohlenverlornung in bedenklicher Weise. Die hannoversche Maschinenbau-Gesellschaft hat ihren Betrieb bereits einstellen müssen. Die Arbeiter sind damit keineswegs einverstanden. In Schläs haben streikende Arbeiter versucht, das Stellwerk an zu schließen, wofür sie durch Beamte verhindert wurden. Der kommandierende General hat schon Sonntag abend erklären lassen, daß er militärische Hilfe zum Schutze der Arbeitswilligen einsetzt wird. Die auf dem Bahnhöfen arbeitenden Studenten sollten mit Gewalt entfernt werden. Ihre Arbeitsstätten waren von den Streikenden hart belagert. Der militärische Schutz hat einseitigen und die Streikenden haben ohne Widerstand den Bahnhöfen geräumt. Am Montag morgen hat der kommandierende General einen Befehl erlassen, den Streik zu beenden, weil sonst energische Maßnahmen ergriffen werden müssen. Der kommandierende General hat den Streikenden fernere Taten lassen, daß bei den aerinaten Vorkommnissen der Belagerungsstand bekannt wird, und daß alle Vorkehrungen getroffen seien, sofort von allen Seiten Truppen in die Stadt zu führen, um die Sicherheit des Volkes vor der Verewaltigung durch eine kleine Minderheit zu sichern.

Weitere Einschränkung des Betriebes.

(Eigener Drahtbericht.)

Hannover, 7. Juli. (Wolff.) Nach der Zusammenlegung des Betriebes von Hannover-Berlin-Braunschweig haben die streikenden Eisenbahnarbeiter auch den Betrieb nach Wunstorf und Nordstemmen stark beeinträchtigt.

Die sozialistische Partei gegen das Streikfever.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 7. Juli. In einem Abdruck der Sozialistischen Partei gegen den Verkehrsstreik heißt es: Diese Streiks sind nur ein Schläs der Streikenden gegen sich selbst. Wenn der Staat höhere Löhne zahlen muß, geht das nur auf Kosten des Volkes selbst, das immer höhere Löhne zahlen und immer mehr Steuern zahlen muß. Verlangen die Straßenbahner höhere Löhne, so müssen wir alle tiefer in unsere Tasche greifen. Der Streik richtet sich nur gegen uns Arbeiter selbst, es sind unsere eigenen Genossen, die sich auf Kosten der Arbeiterklasse bereichern wollen. Schon hat der Verkehrsstreik eine große Knappheit an Lebensmitteln und ein Ansteigen der Preise bewirkt. In den Weinen, in dem Rauchen und dem Geldbeutel führt also das arbeitende Volk den Genossen der Streikenden.

Die Ratifizierung des Friedensvertrags.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 7. Juli. (Wolff.) Der Staatsausgang hielt heute über die Ratifizierung des Friedensvertrags eine Beratung ab. Falls ihr zugestimmt wird, wird sie in der voraussichtlich am Mittwoch stattfindenden kurzen Sitzung der Nationalversammlung erörtert werden, in der wahrscheinlich nur der Minister des Auswärtigen, Müller, sprechen wird. Darauf wird der Reichspräsident die Ratifizierungsurkunde unterfertigen, die nach Paris telegraphiert wird, wo sie Legationsnot von Lesner dem Vizepräsidenten Clemenceau übergeben wird. Die Urkunde wird durch einen Kurier nach Versailles gebracht werden.

Morgen wird die Nationalversammlung die Stenographen beraten. Am Donnerstag wird Ministerpräsident Bauer seine Programmrede und der Minister des Auswärtigen seine große Rede halten.

Versailles, 7. Juli. (Wolff.) Clemenceau überreichte gestern abend dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Frankreich Fröben v. Lesner die Antwort der a. und a. Regierung auf die Note betr. die Ratifizierung des Friedensvertrages. In der Antwort wird gesagt: Die Ratifizierung müsse sich auf sämtliche Akten, die ein Ganzes bilden, beziehen, also auf den Friedensvertrag selbst, das Protokoll und die Vereinbarung betr. die Befreiung der Rheinlande. Diese Dokumente bilden die Friedensbedingungen und seien eines von dem anderen untrennbar. Aus diesen Gründen könnten die drei Akten nur als ein einziges Ratifikationsinstrument angesehen werden.

Veränderte Haltung der Alliierten gegenüber Deutsch-Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 7. Juli. (Wolff.) Wie der Basler Korrespondent der „Alliance Centrale“ erfährt, ist die Heberretzung des deutsch-österreichischen Friedensvertrags infolge einer vollständigen Aenderung der Haltung der Alliierten anzuwenden. Deutschland-Oesterreich verabschiedet worden. Im Deutsch-Oesterreich nicht in die Arme Deutschlands zu treiben, müsse eine vollständige Revision der territorialen Ansprüche und eine Revision der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen vorzunehmen werden.

der Spekulation und des Wuchers einzuführen. Es mehren sich also die Zeichen dafür, daß Rußland für die Segnungen des theoretischen Bolschewismus, wie er Lenin ursprünglich vorgeschrieben hat, keineswegs reif ist. Ob Lenin noch im letzten Augenblick die ererblichen Kräfte ausnützen und zum wenigsten möglichem Maße eine Annäherung an die Wirtschaftsunordnung des Westens zu ermöglichen ist, überaus fraglich. Von der Entscheidung dieser Frage wird es aber zunächst abhängen, ob ein Handelsvertrich mit dem heutigen Sowjetrußland überhaupt in Betrachtung gezogen werden kann.

Die Neubefugung unseres diplomatischen Auslandsdienstes.

Dr. Berlin, 6. Juli.

Der Abschluß der Friedensverhandlungen und die bevorstehende Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Ausland rückt die Frage der Neuorganisation unseres auswärtigen diplomatischen Dienstes wieder in den Vordergrund. Es handelt sich darum, eine große Reihe während des Krieges unbesetzter diplomatischer Posten neu zu besetzen und den gesamten Dienst den veränderten Verhältnissen anzupassen. An die Spitze des Auswärtigen Amtes ist nach dem Ausscheiden Brodorski's der Sozialdemokrat Hermann Müller gekommen. Da er bisher der diplomatischen Arbeit fernblieb, legt er Wert darauf, bald eine erfahrene diplomatische Kraft neben sich zu haben, die die eigentlichen diplomatischen Arbeiten erledigen soll, während Herr Müller mehr als oberste Leiterungsinstanz dafür fungieren würde, daß unsere künftige Auslandspolitik wirklich dem „neuen Geiste“ entspricht. Da Graf Brodorski bereits während der Vorbereitungen des Friedensvertrages in Berlin und Versailles für die eigentliche Leitung des Auswärtigen Amtes kaum noch Zeit erübrigen konnte, war Graf Bernstorff in dieser Zeit der diplomatische Ratgeber des Reichskabinetts. Es hat auch der Plan bestanden, ihn neben Müller zum Staatssekretär des Auswärtigen zu machen. Von dem Plan ist Abstand genommen worden. Graf Bernstorff fühlt sich als Mitglied der demokratischen Partei an den Parteibeisitz gebunden, der den Parteimitgliedern den Eintritt in die Regierung verweigert. Wieweit er sich nach den ausstehenden Arbeiten, die ihm als Chef der Vorbereitungsstelle für die Friedensverhandlungen obliegen, dringend der Erholung bedürftig und wünscht sich — der Graf ist auch nicht der Jüngste mehr — für die Zukunft ein relativ ruhigeres Amt. Es ist nun beabsichtigt, eine benachbarte diplomatische Kraft in den Dienst unserer Botschaft in Rom zu stellen, deren Befugung schon in sehr kurzer Frist erfolgen soll. Eine Neubefugung der Berliner Botschaft kommt in Frage. Nach Paris wird nur ein diplomatischer Geschäftsrat ernannt werden, in erster Linie Herr v. Sarnel in Frage kommt, der inzwischen zum Unterstaatssekretär ernannt worden ist. Offen ist noch die Befugung des Londoner Postens. Es ist richtig, daß hierfür ursprünglich Bernstorff in Aussicht genommen war, Bernstein hat aber abgelehnt, da er sich zu oft für die schwere Aufgabe fühlt. Graf Bernstorff bleibt hierfür noch wie vor für sich in Anspruch, der in London persona grata ist. Graf Brodorski wäre nicht abgeneigt, wieder den Gesandtenposten in Kopenhagen zu übernehmen. Doch er keinesfalls beabsichtigt, sich von der Politik für immer zurückzuziehen, beweist schon die Tatsache, daß er übernommen hat, auf dem bevorstehenden Parteitag der Demokraten in Berlin das Hauptreferat über Deutschlands künftige Auslandspolitik zu übernehmen.

Für den Wiener Posten ist Dr. Victor Raumann bestimmt. Die Oeffentlichkeit weiß von ihm sehr wenig und fragt, was das für „Berdienst“ sind, die er sich noch einer offiziellen Mitteilung der letzten Tage „während des Krieges um die deutsche Politik“ erworben hat. Dr. Raumann wurde während des Krieges verschiedentlich mit besonderen Missionen, vorzugsweise im neutralen Ausland, betraut. Ob er uns dabei mehr genützt oder geschadet hat, darüber gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Es ist nur sicher, daß sich ihm gewisse Berliner Stellen besonders verabschiedet haben und daß er es versteht, auf diese Verhältnisse zu hören. Bereits nach Ausbruch der Revolution gelang es ihm, Direktor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes zu werden. Er erzielte in dieser Stelle den Ministerialdirektor Deuttmöser, der bekanntlich seinerzeit vom Kriegspresseamt in die Wilhelmstraße überwechselte. Deuttmöser, der auch im Auswärtigen Amt der intime Vertraute seines alten Gönners Falkenhahn blieb, verabschiedet jetzt auch wieder, einen amtlichen Posten zu erhalten. Er ist zu diesem Zwecke zunächst Demokrat geworden und verabschiedet jetzt, in der demokratischen Partei eine Rolle zu spielen. Wie sehr ihm das, der einer der Hauptstützen des alten Systems war, gelingen wird, bleibt abzuwarten. Auf seinen Nachfolger, Dr. Raumann, Konto kommt die noch bis in die letzte Zeit hinein mit den falschen Mitteln fortgeleitete, fürchte deutsche Propaganda im Annoncenblatt holländischer Blätter, die kürzlich von der deutschen Presse mit Recht zurückgewiesen ist. Raumann hat mit dem Grafen Brodorski, der sich bekanntlich noch einen persönlichen Briefwechsel mit dem Grafen Brodorski unterhalten hat, des Herrn Cohen, angelegt hat, wiederholt Differenzen gehabt, weil er in den Zeiten, als zwischen der Reichsanleihe und Brodorski Meinungsverschiedenheiten bestanden, für die Reichsanleihe gegen Cohen und Brodorski arbeitete. Wäre Brodorski im Amt geblieben, so wären die Berliner Tage Dr. Raumanns inwiefern gekürzt gewesen. Die Wiener Regierung würde an seiner Stelle viel lieber einen sozialistischen Geschäftsträger kommen lassen; aber es steht ausser Frage, daß die Nachwuchsfrage befristigt die Reichsregierung jetzt ganz besonders, da eine große Anzahl befristeter jüngerer diplomatischer Köpfe den Abschied genommen hat, teils, weil sie noch zum alten System sich bekennen, teils, weil sie mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht einverstanden waren, wie der Legationssekretär Dr. von Bülow.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Der neue Weltkrieg.

I. Bern, 1. Juli.
Kaum hat die Entente die deutsche Gefahr — wie sie glaubt — in Ketten gelockt, so rüstet sie sich gegen ihre neue Weltmacht, den internationalen Bolschewismus, den sie selber durch ihre Kriegeverläufe nach und nach hinführen sah. Nach der Unterzeichnung des Friedens von Versailles beginnt wie auf Kommando die gesamte Presse der Entente, an der Spitze die französische, ihren Völkern die bolschewistische Gefahr klarzumachen. Und man erhebt die bolschewistische Weltmacht viel größer als man in Deutschland selbst achtet hat. Bezeichnend ist ein Artikel des „Echo de Paris“, der mit einem Male enthüllt, wie tief sich der bolschewistische Bolschewismus bereits in den Körper Afrikas hineingeschoben hat. Der Artikel ist so alarmierend, daß man von ihm Notiz nehmen muß.

Er führt aus, daß der Bolschewismus eine neue Religion sei, ein Ateismus, das sich im Äußeren ähnlich wie die neue Lehre von Belemur zeigt: „Die neue Idee ist nämlich eine viel größere Gefahr als jede religiöse Schwärmerie, weil sie die unmittelbaren Sorgen des materiell abgedrückten Proletariats durch Einführung einer höheren Moral, eines gerechten sozialen Ausmaßes amputieren will. Der Bolschewismus hat eine neue fanatische Generation von Kämpfern herangebildet, die für ihre Lehre die Weltbeherrschung begehren. Er bekennt sich nicht damit durch Anwendung von Waffenmacht und durch das Anasammeln des Hungers das Vorkommen auf einer Seite neuer Barbaren herabzumindern, er erstrebt die Unterwerfung der Welt: Europas, Afrikas und Amerikas.

Der bolschewistische Kreuzzug in Asien bedient sich des Nams der Bolschewisten und Kerne des Islams, der für seinen großen Schutzherrn, den Kalifen fürchtet. Erst kürzlich hat die Sowjetregierung die Befreiung der mohammedanischen Gebirge und Völker Afrikas zum Programm erhoben. Sie hat erklärt, daß das Ziel der muslimanischen Welt in einem sozialistischen Bündnis und einer Offensive gegen den weltlichen Kapitalismus liege.

Der Bolschewismus hat neuerdings große Fortschritte gemacht und sich in den Besitz des russischen Turkestan und Transkaspian gesetzt, er beherrscht die Bahalnische nach Nordwesten bedrückt Afghanistan und liegt so in Verbindung mit den muslimanischen Arabern, die das nordwestliche Indien, dessen mohammedanische Bevölkerung 16 Millionen betragen, bedrohen. Diese Tatsache birgt eine große Gefahr, bedeutet sie doch unter Umständen ein Bündnis von 145 Millionen Gleichgesinnten gegen die europäische Weltmacht. Diese fiebernde Masse hält sich durch den Friedensvertrag für schwer abschätzbar, sie fordert Gerechtigkeit und bündelt sich auf gegen die imperialistischen Bestrebungen, die sich gegen die eigene muslimanische Macht richten. Da aber Griechenland, Serbien, Mesopotamien und Persien besetzt sind, veranlaßt der Islam und schenkt dem bolschewistischen Apokalypse, der von der Befreiung und der großen Erlösung spricht, in steigendem Maße Behör.

Kurz gefaßt, Sowjetrußland macht mit der muslimanischen Welt Afrikas eine gemeinsame Sache, es erklärt sich zum Verteidiger des islamitischen Weltreiches und des Kalifats!

Es ist bezeichnend, wie energisch das französische Blatt darauf hinweist, daß es besonders die „enorme Weltbeherrschung“ ist, die vom Bolschewismus ausgeht. Nachdem dann noch von der gefährlichen Rolle die Rede gewesen ist, die insbesondere die Anstaltskräfte des im Kaukasus für den Bolschewismus arbeitenden Emir Baidas spielt, stellt der Artikel fest, was England nun zur Bekämpfung des Bolschewismus tut:

„England hat diese Gefahr erkannt und liegt auf der Lauer, es verweigert die Entlassung der indischen Truppen und ist darauf ausgeht, neue Anstrengungen zu machen, wenn sich die Lage nicht bessert. Besonders die Lage in Turkestan verlor es mit Aufmerksamkeit, da sie von fundamentaler Bedeutung ist für die Entwicklung der Dinge in Indien, Afghanistan und Persien, und weil sie in der Lage ist, auf Kantons und über Afghanistan auf Armenien und Anatolien im Kreislauf zurückzuführen. Die bolschewistische Bewegung ist ein sehr ernstes Problem, weil sie eine generalisierende Tendenz verfolgt und unter dem Antriebe und dem Schutze der Sowjetmacht eine einträgliche Wirkung ausübt, die sich gewissermaßen Amorphosität bedient, um die Kugel der Empörung anzuzünden.

Was läßt sich dagegen tun? Nur eine entschlossene Intervention zur Stärkung von Kolikad, Densin, Adeniska und anderer russischer Führer, die fähig sind, dem Bolschewismus den Garau zu machen und die Grundlagen des arabischen eurasischen Staates, jenes mächtigen Europa und Afrikas bedrohenden Kuffertates zu schaffen.

Wichtig ist nun die Frage: soll sich Frankreich an der Aktion gegen den Bolschewismus beteiligen? Das „Echo de Paris“ lehnt ab. Soldaten für diese Aende zu odern und schieben:

„Soll man an diesem Aende Soldaten nach Afrika und Ostindien senden? Keineswegs. Afrika würde sich abdrücken, es anziehen Geld und Waffen: Tanks, Mäcker, das erforderliche Ausbildungspersonal. Es ist zum Handeln noch nicht zu spät, aber es ist die höchste Zeit: eine Politik der Verleumdung wäre verhängnisvoll, unendliche Schwierigkeiten würden lediglich die Demobilisierung der Entente verlangsamen, es ließe die landwirtschaftlichen und industriellen Räte Europas und östlichen Elend mit allen Konsequenzen vererben.“

Die Verewigung der Räte Europas hätte die Entente bilanziell verhindern können, wenn sie rechtzeitig eine europäische Friedenspolitik betrieben hätte. . . .

„Goll man an diesem Aende Soldaten nach Afrika und Ostindien senden? Keineswegs. Afrika würde sich abdrücken, es anziehen Geld und Waffen: Tanks, Mäcker, das erforderliche Ausbildungspersonal. Es ist zum Handeln noch nicht zu spät, aber es ist die höchste Zeit: eine Politik der Verleumdung wäre verhängnisvoll, unendliche Schwierigkeiten würden lediglich die Demobilisierung der Entente verlangsamen, es ließe die landwirtschaftlichen und industriellen Räte Europas und östlichen Elend mit allen Konsequenzen vererben.“

Die Verewigung der Räte Europas hätte die Entente bilanziell verhindern können, wenn sie rechtzeitig eine europäische Friedenspolitik betrieben hätte. . . .

Die Neugestaltung des Balkans.

N. E. Aus Budapest wird uns geschrieben: Die Neugestaltung des Balkans ist heute schon in großen Umrissen festgelegt. Insbesondere sind bereits die Gebiete bestimmt, welche von Serbien, Rumänien und Bulgarien eingenommen werden. Auch die Grenzen der Türkei sind in großen Linien bekannt, so daß wesentliche Veränderungen nicht mehr zu erwarten sind. An Stelle der russischen Vorherrschaft, die vor dem Kriege auf dem Balkan zu verzeichnen war, wird jetzt der sogenannte Völkerbund oder vielmehr das englisch-französisch-Bündnis auf dem Balkan eine ausschlaggebende Rolle spielen. Darin ist gegen den Zustand vor dem Kriege eine wesentliche Veränderung eingetreten. Weiter bestehen bleibt der scharfe Gegensatz zwischen Serbien und Italien, ja, er ist sogar noch klar hervorgehoben worden. Die Serben werden aber von England, Frankreich und Amerika geschützt, so daß Italien seine Herrschaftsgelüste kaum verwirklichen können wird. Der Völkerbund hat hier bereits den ersten Stein des Anstoßes gefunden, an dem er scheitern wird.

Die Neugestaltung Serbiens und Rumäniens erfolgt hauptsächlich auf Kosten Ungarns, so daß zwischen Ungarn und seinen Nachbarn ein gespanntes Verhältnis bestehen wird, das erst die Zeit bereinigen kann. Wichtig ist die Tatsache, daß die benachbarten Staaten auf einander angewiesen sind und

darum wohl einen modus vivendi finden werden. Es ist auch heute nichts von Doh zu hören, wenn auch naturgemäß ein so langer Krieg nicht gerade die freundschaftliche Beziehung überlassen haben dürfte. Was aber erstaunlich ist, das ist das Gefühl von Freundschaft und Gerechtigkeit, das man bei den meisten Serben Deutschlands gegenüber antrifft. Deutschland ist ihnen durch seine Lage im Zentrum Europas als der Staat, der die Lösung in den kommenden politischen und wirtschaftlichen Fragen Mitteleuropas übernehmen wird. Aber England und Frankreich kann sich derartigen Sympathien rühmen, zumal der nicht durch die großen Siege der Alliierten, sondern durch Aufhebung der erzwungenen Gewaltfäden gerade in Serbien einen sehr schlechten Eindruck gemacht hat. Man ist der Entente für die Unterfertigung dankbar, sieht aber in ihr keineswegs die starke Siegerin und Heldin, sondern vielmehr den Kumpelkumpel dem deutschen Völkchen gegenüber. Die Serben sind noch eine so junge und unerbildete Nation, als daß sie sich von geschäftlichen Machenschaften verführen und blenden lassen. Der soldatische Vorzug gilt bei ihnen noch stark.

Deutsche Nationalversammlung.

(Gaener Draftbericht.)
Weimar, 7. Juli.
Eröffnung der Sitzung um 2.25 Uhr.
Fortsetzung der Verfassungsverhandlung.
Art. 89 bestimmt, die Gesetzesvorlagen werden von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstages eingebracht.
Ein Antrag der Unabhängigen wünscht den Auftrag der Reichsregierung, sich an der Verfassungsausschuss nach den Bestimmungen der Verfassung. Im Übrigen wird über die Teilnahme der Arbeiterräte an der Verfassungsausschuss beraten.

Reichskommissar Dr. Bruns wendet sich gegen den Antrag. Man könne bei der Beratung des Art. 102 auf die Anträge der Unabhängigen zurückkommen.
Die Abstimmung über den Antrag ergibt 120 Stimmen gegen, 89 für den Antrag.
Das Haus ist also nicht beschlußfähig.
Der Präsident bestimmt für um 1/3 Uhr eine neue Sitzung für 3 Uhr an.
Präsident Hofmann eröffnet die heutige zweite Sitzung um 3.06 Uhr.
Der Antrag der U. S. wird abgelehnt.
Bei Art. 73 und 74 beantragt die Deutsche Volkspartei Streichung.
Art. 74 bestimmt, ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Vollsentenz zu bringen, wenn es der Reichsregierung binnen eines Monats bestimmt. Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstages angezweifelt ist, ist dem Vollsentenz zu unterbreiten, wenn es ein halb Prozent der stimmberechtigten Wähler beantragt. Im übrigen steht Art. 74 eine Volksabstimmung vor, wenn ein Prozent der Stimmberechtigten das Verlangen nach einem Gesetze stellt.

Die U. S. beantragt für den ersten Satz die Fassung: Die Reichsregierung kann ein Gesetz vor der Verkündung binnen eines Monats nach der Beschlußfassung im Reichstag zum Vollsentenz bringen.
Die Sozialdemokraten beantragen für den zweiten Satz die Fassung: Ein Gesetz ist dem Vollsentenz zu unterbreiten, wenn ein halb Prozent der Stimmberechtigten es binnen zweier Monate nach der Beschlußfassung im Reichstag fordert.
Abg. Geins (D. V.): Der Ausschuss hat gegenüber der Vorlage die Möglichkeit des Referendums erheblich beschränkt. Diese Beschränkung beruht auf der Tendenz eines künftigen Mißbrauches gegen die gesetzlich hergestellten Anordnungen. Sie ist der Ausfluß einer übertriebenen Demokratisierung und läßt damit die Aufgabe der verantwortlichen Organe.
Abg. Dr. von Delbrück (D. V.): Die Meinungen in meiner Fraktion sind geteilt. Das Volksgesetz sind wir einmütig ab. Die Masse der Wähler ist jedenfalls nicht die geeignete Instanz, eine gesetzgeberische Initiative auszuüben.

Abg. Rosenfeld (S. G.): Ich lehne nicht, daß das Referendum unter Umständen forschrittmäßig werden kann. Jedoch muß aber, wenn die Volksvertretung einem starken Bedürfnis, das im Volke herrscht, nicht Rechnung trägt, die Möglichkeit bestehen, daß allein durch die Souveränität des Volkes ein Gesetz zustande kommt.
Reichskommissar Dr. Bruns: Die Anträge dienen dazu, die Fassung vollkommen unüberwindlich zu machen. So scheint die Kritik wirklich berechtigt, daß hier Mißtrauen über Mißtrauen, Kontrolle über Kontrolle verlangt wird. Was dem Volke ein Recht mehr gegeben wird, steht in gar keinem Verhältnis zu dem Schaden, der der Gesetzgebung zugefügt wird.
Abg. Koch-Rassel (Dem.): Das Volk ist das beste und sicherste Kontrollorgan, besser als irgend eine Kammer oder sonstige Körperschaft.
Abg. Dr. Gohl (U. S.): Der Vollsentenz bedeutet einen neuen Schanden und ist ein richtiges Mittel für die Politisierung der Massen.
Abg. Dr. Durr (S. G.): Die Schweiz hat die beste Erfahrung mit dem Referendum gemacht, es ist ein Bestandteil der Demokratie. Es wäre ein Fehler, es nicht in die Verfassung aufzunehmen.
Abg. Dr. v. Delbrück (D. V.): Wir lehnen das Volksgesetz ab, weil es sich hierbei in der Regel um Dinge handelt, die in der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend erörtert worden sind.
Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Kaufmann (Dem.) werden die Art. 73 und 74 unter Ablehnung aller Anträge überändert angenommen.
Bei Art. 76 wird ein Änderungsantrag der Sozialdemokraten und ein Streichungsantrag der Unabhängigen abgelehnt und der Art. in der Fassung des Entwurfs angenommen.
Ohne Erörterung erfolgt die Annahme des Art. 76. Es folgt Beratung des Abschnitts „Rechtsverwaltung“.

Abg. Dr. Quast (S. G.): Ich erkläre über den Abschnitt, die Art. 78 bis 87 werden ohne Erörterung nach den Ausschußbeschluß angenommen.
Bei Art. 88: „Post- und Telegraphenwesen“ bitten der bayerische Gesandte Dr. von Zieger und Reichskommissar Dr. v. Braun um vorläufige Aussetzung der Beratung, da innerhalb der heftigsten Verhandlungen noch Verhandlungen über das heftigste Verordnungsbefehl des Postministeriums stehen. Das Haus lehnt jedoch diesen Wunsch ab, da in der dritten Lesung noch Veränderungen vorgenommen werden könnten.
Art. 2 des Art. 88 bestimmt: Verordnungen jeder Art erläßt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages. Die Reichsregierung kann die Befugnisse mit Zustimmung des Reichstages auf den Reichskommissar übertragen.
Abg. Dr. Steinhoff (S. G.) beantragt Streichung des Artikels. Nach der Vereinfachung des Postwesens habe die Mitwirkung des Reichstages keinen

Sinn mehr, außerdem trete diese Bestimmung in Widerspruch zu Art. 77, wo das Verordnungsverfahren allgemein geregelt ist.
Nach kurzer Debatte wird Art. 2 des Art. 88 gemäß dem Antrag Steinhoff gestrichen, der Artikel im übrigen angenommen.
Die Bestimmungen über die Reichseisenbahnen werden ohne Erörterung angenommen.
Art. 97 gibt dem Reich das Recht auf Übernahme der schiffbaren Wasserstraßen.
Ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei will die Aufhebung der Wasserstraßen und die Regelung des Gemeingebrauchs der Wasserstraßen den Gliedstaaten überlassen.
Der Art. 97 wird überändert angenommen, ebenso der übrige Teil des 6. Abschnitts.
Hinsichtlich wird auf Antrag sämtlicher Parteien außer den Unabhängigen ein Art. 100a, wonach das Reich alle Seereisen übernimmt.
Danach verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr: Steuergeetze. Schluß 6.40 Uhr.

Sinn mehr, außerdem trete diese Bestimmung in Widerspruch zu Art. 77, wo das Verordnungsverfahren allgemein geregelt ist.
Nach kurzer Debatte wird Art. 2 des Art. 88 gemäß dem Antrag Steinhoff gestrichen, der Artikel im übrigen angenommen.
Die Bestimmungen über die Reichseisenbahnen werden ohne Erörterung angenommen.
Art. 97 gibt dem Reich das Recht auf Übernahme der schiffbaren Wasserstraßen.
Ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei will die Aufhebung der Wasserstraßen und die Regelung des Gemeingebrauchs der Wasserstraßen den Gliedstaaten überlassen.
Der Art. 97 wird überändert angenommen, ebenso der übrige Teil des 6. Abschnitts.
Hinsichtlich wird auf Antrag sämtlicher Parteien außer den Unabhängigen ein Art. 100a, wonach das Reich alle Seereisen übernimmt.
Danach verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr: Steuergeetze. Schluß 6.40 Uhr.

Die deutsche Republik.

Das neue Kabinett und das Wirtschaftsproblem.

Das neue Kabinett hat sich in den letzten Tagen sehr einnehmend mit dem durch die Revolution erteilten Wirtschaftsproblem befaßt. Dabei sind laut „Frankf. Ntz.“ Entscheidungen von außerordentlich weittragender Bedeutung gefallen. Durch die Programmrede, die Ministerpräsident Bauer voraussichtlich am Dienstag oder Mittwoch anlässlich der Ratifikation des Friedensvertrages halten wird, wird die Öffentlichkeit weitgehend unterrichtet werden. Die Fragen der sogenannten Planwirtschaft, ihre Richtigkeit oder ihre Schädlichkeit, werden dabei ohne weiteres mit in den Bereich der Erörterungen gezogen werden müssen, und es entspricht der Natur des aus der praktischen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Ministerpräsidenten, daß er bei seinen Entschlüssen nicht bei der Reaktion bleibt, sondern zu positiven Sandlungen drängt. Die aus dem Kriege übernommene stark bürokratisierte Awanawirtschaft wird nunmehr zielbewußt aufgelöst werden. Dem freien Handel soll wieder größerer Spielraum gelassen werden, und die Kreislaufwirtschaft sollen hinfällig in ihrer Tätigkeit eingeschränkt und bis auf das allfällige Mindestmaß abgebaut werden. Die Öffentlichkeit hat sich wiederholt mit der Frage beschäftigt, warum bei der gegenwärtigen Situation durch die Reichs- und Kreislaufwirtschaften so viele Menschen und erhebliche Mengen von Rohstoffen zurückgehalten werden. Diese Vorkräte sollen nun sofort der Industrie zur Verarbeitung ausfließen und die verarbeiteten Güter dem Handel übergeben werden. Eine Einschränkung tritt nur insoweit ein, als es die Rücksicht auf die minderbemittelten Klassen erfordert.

Die Demokratische Partei und das sächsische Kabinett.

(Draftmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.)
Dresden, 7. Juli. Die Deutsche Demokratische Partei beantragt in der bisher rein mehrheitspolitischen Regierung drei Ministerstellen. Die Fraktionen verhandeln gegenwärtig darüber.

Aus den Parteien.

Der Demokratische Verein Offenburg

beschäftigte sich in einer Mitgliederversammlung am Montag mit der Frage der Unterzeichnung des Friedens. Dabei wurde die Ansicht vertreten, daß es töricht sei, diese Angelegenheit an einer Parteifraktion zu machen. Die Haltung der demokratischen Fraktion lasse sich ohne genaue Kenntnis der internen Vorgänge nicht beurteilen; es könne aber angenommen werden, daß Männer von den Fähigkeiten und der politischen Erfahrung, wie unsere demokratischen Abgeordneten, gegenwärtig nicht zu finden seien, als sie abnehmen. Hierfür wählte die Versammlung Reichsanwalt Dr. Krieck als ersten und Oberkassierkontrollleur Benz als zweiten Vorsitzenden. Reichsanwalt Kriebitzsch beendete die Sitzung mit der Erklärung: „Im Widerspruch mit dem vorausbezeichneten, erkläre ich hiermit öffentlich, daß ich aus der Deutschen Demokratischen Partei ausgetreten bin und meine sämtlichen Parteimitglieder, einschließlich des Stadtratsmandats niederlegt habe, weil ich die derzeitige Politik der Partei, insbesondere ihre Haltung in der Friedensfrage, nicht mitmachen kann. Meine politische Gewinnung bleibt nach wie vor demokratisch und republikanisch.“

Badische Politik.

Der Allgemeine Fabrikantenverein und die neuen Steuervorschläge.

Unser Mannheimrr-Mitarbeiter drahtet uns: Am Montag mittag hielt der Allgemeine Fabrikantenverein im kleinen Saale des Bürgergebäudes in Mannheim eine kurze Sitzung ab, um zu den neuen Steuerplänen der badischen Regierung und den hierzu gestellten Anträgen Stellung zu nehmen.
Der Vorsitzende, Fabrikant A. Lenzel, erklärte nach der Eröffnung der Versammlung, er habe die Mitglieder in letzter Stunde zusammenberufen, um gegen das ungeheure Attentat auf Handel und Industrie Stellung zu nehmen. Würden die Vorschläge Gesetz, so müßte dies unbedingt zu einer Katastrophe führen. Nach einer Darstellung der Wirkungen der Steuerentwürfe durch den Syndikus Dr. Gierard stellte Kommerzienrat Frank von der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft fest, daß die meisten Alltagsgeschäften, die mit großem Betriebsvermögen und kleinem Gewinn arbeiten, nach den neuen Steuerzuschlägen nicht mehr in der Lage sein, etwas zu verdienen; man müsse mit allen Mitteln dahin wirken, daß die ungeheuerlichen Vorschläge beiseite gelassen werden.
Vorsitzender Lenzel führte weiter aus, man könne den Entwurf noch aufheben, wenn es sich um die Deckung eines einmaligen Bedarfs handelte. Die finanzielle Belastung der Alltagsgeschäfte sei so schwer, daß es eine Dividendenabschüttung nicht mehr geben würde. Wenn man im nächsten Jahre ein Betriebsergebnis nicht mehr vorhanden sei, dann bleiben Staats- und Gemeindefinanzen leer. Es sei unerfindlich, wie die Regierung eine solche Vorlage machen könne, die zum unbedingten Ruin führen müsse. Der Entwurf sei eine Lehrlingsarbeit. Die Gefahr sei, die er in sich birge, seien so groß, daß alles geschehen müsse, um den Gesetzesmachern zu zeigen, welches Unheil sie anrichten. Lenzel schloß vor, eine Abordnung nach Karlsruhe zu entsenden, um zu versuchen, eine Wendung herbeizuführen, und teilte weiter mit, daß von Mannheim aus sich bereits eine Abordnung in der gleichen Angelegenheit nach Karlsruhe ins Finanzministerium begeben habe und auch die Oberbürgermeister der badischen Städte der Städteordnung in dieser Frage vorstellten würden.
Der Vorsitzende der Mannheimer Handelskammer, Geh. Kommerzienrat Cnaelhard, bemerkte,

daß auch die Handelskammern eine Abordnung nach Karlsruhe entsenden werden.
Nach Schluß der Beratung wurde folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen:
„Die heute (Montag) unter Auszeichnung von Handel und Wandel hinführende Kolonialverwaltung des Allgemeinen Fabrikantenvereins erhebt in der badischen Industrie, die von der badischen Regierung beantragte unangelegentliche Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuern, die auf Industrie, Handel und Gewerbe eine Lastenbe, in der aber keine vermehrte Wirkung ausüben und infolgedessen den ohnehin drohenden Aufbruch unserer badischen Volkswirtschaft mit allereminer Anstrengungen und Arbeiterklasse und ebenso den Aufbruch unserer badischen Staats- und Gemeindefinanzen aus unvermeidlich machen muß.“
Hierauf erfolgte die Aufzeichnung der Abordnung, die sich sofort nach Karlsruhe beauf.

Die Ausgleichszulage.

Nachdem der Landtag die Gewährung der Ausgleichszulage mit einigen Änderungen der Regierungsvorlage genehmigt hat, betragen die Sätze für die Ortsklassen:

leibige Beamte	I.	II.	III.	IV. u. V.
über 30 Jahre	3000	2900	2800	2600
verheiratete Beamte				
ohne Kinder	3200	3100	3000	2800
mit 1 Kind	3400	3300	3200	3000
mit 2 Kinder	3500	3400	3300	3100
mit 3 Kinder	3600	3500	3400	3200
mit 4 u. mehr K.	3700	3600	3500	3300

Für Mannheim erhöhen sich die Beträge um 200 Mark über die der ersten Ortsklasse. Gleichzeitige kommt die bisherige Ausgleichszulage und der Zuschlag auf dieser in Beauf. Sollte das Dienstverhältnis einschließlich der Ausgleichszulage unter dem ausstehenden Mindestverdienst liegen, so wird die Ausgleichszulage erhöht, bis das Gesamteinkommen erreicht ist; das Mindestverdienst ist für Mannheim auf 5100 Mark, für die vier Ortsklassen auf 5000 Mark, 4800 Mark und 4500 Mark festgesetzt. Für die leibigen einkommensmäßigen Beamten unter 30 Jahren wird für jedes Jahr das ihnen nach dem 30. Lebensjahre fehlt, die Ausgleichszulage um den Betrag von 125 Mark erhöht. Diesen Beamten wird ein Mindestverdienst für Mannheim von 3750 Mark und für die vier Ortsklassen von 3500 Mark, 3400 Mark, 3200 Mark und 2900 Mark zugesichert. Die Bestimmungen über die Ausgleichszulage finden auch auf die vollbesoldeten nichtamtlichen Beamten, auf die im staatlichen Dienst verbleibenden oder wieder berufenden vollbesoldeten Ruhegehaltsempfänger, sowie auch die vollbesoldeten, nicht bloß zur Ausfülle angenommenen vertrauensmäßigen Bediensteten Anwendung. Weibliche Beamte erhalten die gleiche Ausgleichszulage wie die männlichen; doch finden die Bestimmungen über das Mindestverdienst auf sie keine Anwendung. Auch die den Ruhegehaltsempfänger und Beamtenunterbeholdenen ambedienten Turnusbeholdeten wurden neu geregelt.

Vom badischen Beamtenbund.

Der Verband der Beamten- und Lehrervereine Baden, der sich, wie gemeldet, jetzt badischer Beamtenbund nennt, umfaßt, nachdem sich ihm in letzter Zeit 15 weitere Vereine angeschlossen haben, im ganzen 96 Vereine mit 27 633 Mitgliedern. In den letzten Wochen wurden in Pfullendorf, Hebrlin, Bafel und Berlin im Bezirksverbande gegründet, so daß im ganzen bereits 49 Bezirksverbände bestehen.

Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei.

Die Regierung hat den badischen Städten die Entwurf einer Verordnung über die Sanctuaria der Bau- und Wohnungspolizei anzuwenden lassen, wodurch fünft die Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei auf die größeren Städte der Städteordnung übertragen soll.

Kraftfahrzeuglinien.

Zur Reichsverordnung vom 24. Januar d. J. über Kraftfahrzeuglinien haben die Ministerien der Finanzen und des Innern gemeinschaftlich eine Vollzugsverordnung erlassen, nach der die in der Reichsverordnung vorgesehene Genehmigung zum Betrieb einer Kraftfahrzeugschiffahrt von der Genehmigung der Finanzministerien im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern erteilt wird. Die Genehmigungsgesuche sind bei der Eisenbahnbauverwaltung des Finanzministeriums einzureichen. Zur Festsetzung und Änderung der Tarifbestimmungen und des Fahrplans ist die staatliche Genehmigung erforderlich. Durch die Genehmigung wird dem Unternehmer kein ausschließliches Recht zum Kraftfahrzeugschiffahrt auf der betreffenden Strecke eingeräumt. Der Staat kann vielmehr auf der ganzen Strecke oder einem Teil derselben jederzeit selbst den Kraftfahrzeugschiffahrt übernehmen, ohne daß dem Unternehmer ein Entschädigungsanspruch zuzuführt.

Vom Reichseisenbahnministerium.

Der badische Beamtenbund hat, da dem Vernehmen nach beabsichtigt ist, bis Späthjahr ein besonderes Ministerium für die in Bildung begriffenen Reichseisenbahnen zu schaffen, die badische Regierung gebeten, dafür einzutreten zu wollen, daß in dieses Ministerium alsbald auch die dem Reichsminister entsprechende Anzahl badischer Eisenbahnbeamter, und zwar höhere, mittlere und untere, berufen werden.

Zopf ab!

Das laufende Mittelschuljahr acht zu Ende. Es findet vielleicht wieder seinen Abschluß durch die sogenannten „öffentlichen Prüfungen“ wie vor dem Kriege. Heute fragen wir uns mehr als je bisher allem was wir tun nach dem Amed. Wenn wir diese Krone beizulassen der öffentlichen Prüfungen stellen, bleiben wir ohne Antwort. Man hat dieses Argument aus früherer Zeit im Schulbetrieb mit sichgeführt aus Konformismus, weil es eben einmal so Sitte war, und wahrscheinlich nicht es auch beibrillte Väter, die aus irend welchen weichen abhellen Gründen auf diese fähliche Hebung abgeben nicht verzichten zu können. Es sei deshalb festgesetzt, daß diese Prüfungen keine Prüfungen sind. Es wird eine halbe Stunde lang eine Klasse mit einem meist scharf einbebrillten Vorredner vorzutreten, wobei bisweilen der Schüler schon weiß, an welche Frage er kommt. Das hat nicht die entfernteste Nützlichkeit mit einer Prüfung. Sie wäre auch gar nicht möglich in der kurzen Zeit, überdies hätte auch von dem Ergebnis der Prüfung nicht das Geringste ab, denn die Noten sind am Tag vor Schlußlauf anständig gemacht, die Reanuisse abgeschrieben.
Man läßt gewöhnlich Eltern und Schulfreunde zu dieser Vorstellern aus, aber naturgemäß haben die Leute heutzutage nicht abzugeben zu tun, als einen Vormittag lang in ein helles Schulzimmer zu sitzen und sich von einbebrillter Weisheit immer Köpfe verblüffen zu lassen. Sowohl in der Stadt wie auf dem Lande ist die Verteilung der Eltern an den Prüfungen allzu zahl; als Aufreuer bemerkt man höchstens ein paar Lehrer und Schüler.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Die billigeren Lebensmittel.

Der Reichsernährungsminister hat folgenden Erlass an die Freistaaten, Kommunalverbände und Gemeinden gerichtet: Um die Ablicht, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden ist, zur vollen Durchführung zu bringen, bedarf es einer bereitwilligen Mitarbeit der Gemeinden und Kommunalverbände. Die Preisentung wird in der Weise erfolgen, daß den Kommunalverbänden die Lebensmittel zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Es muß nun dafür gesorgt werden, daß nicht Zuschläge von Zwischenstellen und Zwischenhändlern genommen werden, welche die Ablicht der Verbilligung teilweise unwirksam machen. Auf Grund dessen wird folgendes bestimmt:

Die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände haben für die ausländischen Lebensmittel, soweit die Preise nicht mit den bereits geltenden Kleinverkaufspreisen für inländische Lebensmittel übereinstimmen, örtliche Kleinverkaufs höchstpreise festzusetzen, wobei die Beobachtung folgender Grundsätze dringend empfohlen wird. Bei Reis: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 3,50 das Kilo, Zuschläge der Gemeinden und Großhändler einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Großhändlers das Kilogramm zusammen je 20 Pfg., Zuschläge für die Kleinändler höchstens 30 Pfg. das Kilo. So ergibt sich ein Grundpreis im Kleinverkauf

von höchstens 2 Mf. Bei Süßfrüchten beträgt der Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 2 Mf. das Kilo, Zuschläge der Gemeinden und Großhändler einchl. der Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhändlers zusammen je 20 Pfg. das Kilo, Zuschläge für den Kleinändler höchstens 30 Pfg. für das Kilo, so ergibt sich ein Grundpreis im Kleinverkauf von höchstens 1,25 Mf. Bei Mehl: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 1,30 Mf. das Kilo, Zuschläge der Gemeinden und Großhändler einchl. Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Großhändlers 20 Pfg. bis höchstens 2 Pfg. das Kilo, Zuschläge der Kleinändler 14 bis höchstens 16 Pfg. das Kilo. So ergibt sich ein Grundpreis im Kleinhandel von 82 bis höchstens 84 Pfg.

Zur Ausfuhr von Lebensmitteln aus Baden.

Amtlich wird folgendes verbreitet:

Die Verhinderung geschwindiger Ausfuhr von Lebensmitteln läßt sich die Regierung von jeher angelegen sein. Sie ist sogar so weit gegangen, hinsichtlich des Frühobstes, für das der freie Verkehr innerhalb des Reiches durch die Reichsstellen in Aussicht genommen war, die Ausfuhr nur durch die Geschäftsstelle der Badischen Obsterzeugung auszulassen, die Obst lediglich nach den Weisungen der Verwaltungsabteilung ausführen darf. Hierdurch ist Sicherheit gegeben, daß die jetzt zu befürchtende übermäßige Ausfuhr von Frühobst nach Außerbaden unterbleibt. Um die verbotene Ausfuhr von Obst von der Bergstraße nach Frankfurt

am durch Schleihändler zu verhindern, wurde neuerdings ein besonderes Gendarmeriekommando in das betreffende Gebiet beordert. Ebenso ist durch die im Gegenzug zum Reich durchgeführte Bewirtschaftung der Eier die Ausfuhr von Eiern nach außerbadischen Orten unterbunden. Durch die erlassenen Vorschriften ist nach Möglichkeit Vorzorge getroffen, daß Vieh, Fleisch, Kartoffeln, Milch und Butter nicht aus dem Land gebracht werden. Die Bewirtschaftung des Getreides richtet sich nach den Vorschriften der Reichsgetreideordnung, wobei Baden als Bedarfgebiet von Außerbaden beliefert wird. Daß entgegen den Vorschriften durch den Postpaketverkehr Lebensmittel nach Außerbaden gebracht werden, hat Veranlassung gegeben, bei den Reichsstellen zu beantragen, daß auch der Postpaketverkehr darauf übermachtet wird, ob durch ihn Lebensmittel entgegen den Vorschriften außer Landes gebracht werden. Bis jetzt haben sich die zuständigen Reichsstellen diesem Antrag gegenüber ablehnend verhalten.

Die Aufhebung der Zwangsirtschaft und die Freizügigkeit des Handels im Innern wird die Regierung sobald wie möglich durchführen. So lange aber die Knappheit an Lebensmitteln besteht, kann auf die Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel nicht verzichtet werden. Die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung unter den jetzigen Verhältnissen müßte in kürzester Zeit zum völligen Zusammenbruch der Ernährung in den großen Städten und damit auch zu unübersehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen führen.

Hinsichtlich der Belieferung der Wirtschaften wurde gleichzeitig den Kommunalverbänden empfohlen, den Wirtschaften tunlichst je viele rationierte Lebensmittel zuzumessen, daß sie die Personen, welche benötigt sind, in den Wirtschaften zu besorgen, sowie die Fremden im Rahmen der Kontingentierung besorgen können, ohne sich des Schleichhandels zu bedienen. Selbstverständlich haben die in den Wirtschaften besorgten Personen keinen Anspruch auf eine andere Ernährung als sie auf Grund der Rationierung in privaten Haushaltungen üblich ist.

Handel mit Frühobst.

Das Reichsernährungsministerium gibt bekannt: Zahlreiche Anfragen aus Kreisen der Obsterzeuger und Obständler lassen erkennen, daß Unklarheiten über den Handel mit Frühobst bestehen. Der Handel mit Frühobst ist freizugeben. Das Reichsernährungsministerium hat sich wiederholt gegenüber Anfragen der Rationierung einzelner Wirtschaften dahin ausgesprochen, daß inwieweit Beschränkungen des Handels mit Frühobst, sei es durch Beschränkung von Verbandsheinen oder andere Abgabebestimmungen, nicht erlassen werden können. Anordnungen über den Verkehr mit Frühobst, welche Abgabebestimmungen enthalten, ermanen daher der Rechtsgrundlage und sind unzulässig.

Geschäftsverlegung.
Unserer geschätzten Kundschaft beehren wir uns mitzuteilen, daß wir unsere bedeutend vergrößerten Geschäftsräume von jetzt ab nach **Waldstraße 49** Fernsprecher 2979 zwischen Ludwigsplatz und Kaiserstraße verlegt haben. Wir empfehlen uns nach wie vor zur besten Lieferung in Schreib-, Kopier- und Rechenmaschinen, sowie in Büro-Möbeln und allen einschlägigen Bürobedarfs-Gegenständen. **Reparatur-Werkstätte** **Abschriften-Büro.**
Curt Riedel & Co.


Nur auf diesem Wege.
Am 22. Juni fiel in Riga fürs Vaterland, nach 1 1/2-jähriger treuer Pflichterfüllung unser inniggeliebter Sohn und Bruder **Fähnrich Georg Ebers** im Alter von 19 Jahren. In tiefer Trauer: **Margareth Ebers, geb. Reiß, Clara Ebers.** München, 2. Juli 1919.

Statt besonderer Anzeige.
Heute früh — vier Monate nach dem Heimgang unserer ältesten Tochter — hat Gott nun auch unseren lieben Sohn **Fritz Hindenlang** Oberprimaner des Gymnasiums im Alter von 18 1/2 Jahren aus schwerem Leiden in die Ewigkeit abgerufen. Karlsruhe, 7. Juli 1919. **Pfarrer Friedrich Hindenlang** und **Frau Berta, geb. Schellenberg** mit ihrer Tochter **Elisabeth.** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Juli, vormittags 11/12 Uhr, statt. Beileidsbesuche und Kranzspenden bitten wir zu unterlassen.

Trauer-Hüte in jeder Preislage stets vorrätig. **Geschw. Gutmann** Waldstr. 37 u. 26.

Statt besonderer Anzeige.
Heute abend entschlief nach schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel **Hauptlehrer Friedrich Geier** Obersekretär beim Städt. Volksschulrektorat. Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen **Katharina Geier, geb. Klumpp.** Karlsruhe, den 5. Juli 1919. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 9. Juli, 1/2 1 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt. Kondolenzbesuche bittet man unterlassen zu wollen.

Statt besonderer Anzeige.
Montag früh ist mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Bruder, Schwiegervater, Großvater und Schwager **Herr Bankdirektor Karl Peter** im 68. Lebensjahre auf einer Dienstreise in Baden-Baden unerwartet rasch verschieden. Karlsruhe, den 7. Juli 1919. **Frau Marta Peter, geb. Krause. Rechtsanwalt Karl Peter. Dr. Lisa Roß, geb. Peter. Dr. Marta Peter. Gertrud Peter. Frau Luise Fritsch, geb. Peter. Dr. Colin Roß. Dr. Jenö Tausz. Renate Roß. Emil Fritsch.** Die Feuerbestattung findet am 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, statt. Von Kranzspenden und Beileidsbesuchen bitten wir im Sinne des Verstorbenen abzusehen.

Jalousie- und Kolladen-Reparaturen sowie Neuherstellung jeder Art werden prompt ausgeführt von **Chr. Zimmerle,** Jalousien- und Kolladenfabrik, Gerwigstr. 34, Telefon 350.

Gemüse-Konserven (markenfrei)
Kohlrabi in Scheiben m. Grün 2 Pfd. Dose 1.90
Braunkohl, Spinat-ähnlich, 2 Pfd. Dose 1.60
Salz-Dauer-Gemüse ist nach sorgfältiger Zubereitung vom frischen Gemüse nicht zu unterscheiden.
BohnenPfd. 1.25. Rotkraut Pfd. 75 Pf. Bei Entnahme von Originalfassern Vorzugspreise.
1a Muschelfleisch in Gelee Dose ca. 8 Pfd. brutto 16.50
Gersten-Kaffee frisch geröstet u. markenfrei Pfd. 1.12
1a Riesen-Salzheringe markenfrei Stück 1.15
Norweg. Fischkonserven markenfrei
ff. Geflügelleber-Pasteten getrüffelte von Aug. Opel, Dose 6.—
Feine Appetits-Paste vorz. Brotaustrich, Tube 175 u. 1.—
ff. Geflügel- u. Kaninchenpains Dose 3.30 und 2.70
Fst. Tafel- und Wein-Essig.
Alter Nordh. Kornbranntwein Vermouth-Cordello
Echte Weinkorke . . . Stück 7 %
Markenfreie Suppen in großer Auswahl.
Getr. Kastanien Pfd. 3.16

Stärke
-Wäsche besorgt bei 8 tägiger Lieferzeit
Dampfwaschanstalt Schorpp
Annahme-Stellen:
Karlsruhe: Ludwig-Wilhelmstr. 5, Kaiserstr. 34, 243, Gerwigstr. 46, Amalienstr. 15, Waldstr. 64, Wilhelmstr. 32, Augustastr. 13, Schillerstr. 18, Kaiserallee 37, Gabelsbergerstr. 1, Rheinstr. 18.
Durlach: Hauptstr. 15.

Statt besonderer Anzeige.
Unsere liebe, gute Mutter **Frau Regina Nottermann Wwe.** geb. Wieser ist am Sonntag abend nach kurzem Krankenlager im Alter von nahezu 65 Jahren sanft entschlafen. Karlsruhe, Berlin, Mainz, den 7. Juli 1919. **Max Nottermann. Emma Nottermann. Wilhelm Nottermann. Albert Nottermann.** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofskapelle aus statt. Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt. Trauerhaus: Boeckhstraße 36, 11.

Geschäfts-Eröffnung.
Am heutigen Tage eröffne ich in meinem Hause **Kaiser-Allee 115, Ecke Herderstraße,** ein **Kolonial- und Delikateß-Waren-Geschäft.** Mein Bestreben wird dahin gehen, das verehrliche Publikum gut und reell zu bedienen und in Delikateß-Waren die neuesten Saison-Artikel in stets frischer, bester Qualität zu liefern. **Umschreibung** beim Kommunalamt besorge bereitwilligst. Um geneigten Zuspruch bittet **Otto Schwab,** Kaiser-Allee 115, Ecke Herderstraße.

Dampfwaschanstalt Wendt, Rüppurr Telefon 2809 nimmt Stärk-, Haushalt- und Industrewäsche an. Lieferzeit 8—10 Tage. **Neu errichtete Annahmestelle: Werderplatz 35.** Weitere Annahmestellen: **Yorkstraße 17** und **Bruchsal.**

Die große Pelzmode im kommenden Winter können Sie mitmachen, wenn Sie die ältesten Pelze, sowie Felle den Sommer über zur Verarbeitung geben. Die neuesten Journale sind eingetroffen. **Douglasstraße 8, part.** **Dienstmann-Buf** befragt alles. Tel. 8406. **Sanderer, Kronenstr. 711.**

Maggi-Würze Die neuen Nachfüllpreise
Flasche Nr. 3 2 1 0
nachgefüllt: 1.75 85 50 25
GESCHWISTER KNOPF.

(Nachdruck sämtlicher Artikel verboten.)

Die Schlussrechnung von Versailles.

Von Rolf Brandt.

Man muß dem deutschen Volke sagen, daß diesmal der Sieg unter dem Zeichen der Gerechtigkeit...

Der Ort war Symbol von Anfang an. Als wir am 30. April in Versailles ankamen...

Kurz vor der Heberreichung der Bedingungen trat auf französischer Seite die beiden letzten Sozialisten aus dem Kabinett Clemenceau...

Am 8. Mai setzte die vierwöchentliche Spannung des Notensampfers ein. Es soll bei diesem Rücksicht...

Eine letzte, bittere und schmerzliche Woche in Versailles. Der französische Föderat...

Die Einigkeit zwischen Reichsregierung und Delegation war in der Sache über die hauptsächlichsten Fragen vorhanden...

Verbündeten. Es kam zu einem aufregenden Spiel hinter den Kulissen. Lloyd George bekam...

Am 30. oder 31. Mai muß dann eine Art Ultimatum Clemenceaus erfolgt sein. In dem Sinne...

Es folgt die Heberreichung der Antwortnote: von Steinwürten bedroht, vom Böbel beschimpft...

Die Volkshölle brachte ebenfalls ein älteres Werk...

Wiener Theater.

Neuheiten der abgelaufenen Wochen: Uraufführungen betraute keine der Aufführungen...

Im Schönbrunner Schloßtheater, des Burgtheaters neu errichteter Dependence...

ausnahmsweise auch einmal selbst von anderen Spielern überdoppelt wird. Diefem vielfach...

Im Deutschen Volkstheater errang Walter Hasenclever's „Antigone“ in einer...

Die Volkshölle brachte ebenfalls ein älteres Werk...

Theater und Musik.

Bekanntnisse eines Operndirektors.

Der ehemalige Direktor des Hofopertheaters in Wien, Hans Gregor, befreundetlich in der...

nich weitergeben, passierte Oberhofmeisteramt und Generalkontanz...

Mitteilung.

+ Der kleine Pöhl. Vor kurzem hat Gustav Jacob in seinem lustigen Schzenbuch...

Der Schulmeister.

Roman von Gustav Kerner.

Andreas heulte laut auf, wie ein geschlagenes Tier. „Anna Zwanowna“ winzelte er...

Gewalt deines Peinigers zu befreien. Denn wenn ich auch nicht verstanden habe...

Bezwungen von dem bittenden Ausdruck seiner Augen umarmte sie ihn plötzlich...

Empört durch die summarische Verfügung über seine Person und gereizt durch den Milchwagen entgegnete Kurt:

(Fortsetzung folgt.)